

## Region

## 15 Minuten schneller am Badischen Bahnhof

**Auferstehung des Pharma-Express?** Politiker aus beiden Basel fordern eine direkte Verbindung der S-Bahn von Pratteln über Muttenz ins Kleinbasel. In der Stadt hat der Grosse Rat den Auftrag zur Prüfung bereits erteilt.

Jan Amsler

Jörg Vitelli hat sich ein bisschen zu früh gefreut – aber nicht vergebens. Der SP-Parlamentarier aus Basel-Stadt glaubte am Mittwoch im Grossen Rat für einen Moment, die Regierung auf seiner Seite zu haben. Doch er hat ihr Schweigen falsch verstanden: Es ist nicht so, dass sie seine Idee eines Pharma-Express vom Baselbiet ins Kleinbasel unterstützen würde; vielmehr wollte sie seinen Vorstoss gar nicht erst kommentieren.

**Grosser Rat**  
Berichterstattung aus dem Kongresszentrum

Das hat die meisten Grossräte aber nicht davon abgehalten, Vitellis Anliegen eine Chance zu geben. Mit dem deutlichen Abstimmungsergebnis von 66 Ja gegen 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung haben sie dem Regierungsrat die Aufgabe erteilt, seine Forderung zu prüfen.

Vitelli will wissen, wie gross der Nutzen wäre, wenn die S-Bahn-Entlastungszüge aus dem Ergolzthal und dem Fricktal morgens und abends direkt über Muttenz zum Badischen Bahnhof fahren würden. Das Umsteigen am Bahnhof SBB fiel weg, wodurch Pendler ab Pratteln rund 15 Minuten gewinnen. Und wenn die Verbindung am Abend in die andere Richtung ebenfalls bestünde, beliefe sich die Zeitersparnis pro Tag auf eine halbe Stunde. Das würde den ÖV attraktiver machen, die Strassen



Der Badische Bahnhof soll verkehrstechnisch näher ans Baselbiet rücken. Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

und der Bahnhof SBB würden entlastet. Überdies fragt Vitelli, ob gegebenenfalls auch der Bund ein solches Projekt unterstützen würde.

Der Zuspruch im Basler Parlament freut auch Thomas Noack (SP, BL). Er hat im Landrat einen gleichlautenden Vorstoss eingereicht, der von Politikern von links bis in die Mitte unterzeichnet worden ist. Sein Postulat ist noch hängig, und bislang ist noch nicht bekannt, wie die Baselbieter Regierung zur Forderung steht. Das Signal aus Basel sei jedenfalls «super», sagt Noack.

**Nicht auf Herzstück warten**

Noack und Vitelli wollen mit ihrem Vorschlag nicht etwa das Herzstück torpedieren. Die unterirdische Verbindung zwischen Bahnhof SBB und Badischem Bahnhof sei durchaus sinnvoll. Doch bis das Riesensprojekt realisiert sein dürfte, streichen locker 15 Jahre ins Land. In der Zwischenzeit soll die S-Bahn nach Möglichkeit attraktiver gestaltet werden.

Noack ist der Meinung, in der einfachsten Variante sei eine Verbindung von Pratteln ins Kleinbasel schon heute mit vertretbarem Aufwand umsetzbar, zumal die Schienen zum Badischen Bahnhof wegen des direkten Güterverkehrs längst verlegt sind und auch genutzt werden. Wenn nun die Entlastungszüge über diese Gütertrassees geführt würden, entstünde zwar eine Verflechtung, wie man sie allgemein abzubauen versucht. Doch bei vier Zügen pro Tag sei das vertretbar. Etwas komplizierter wird es indes, wenn der Pharma-Express

auch den Bahnhof Muttenz und die geplante Haltestelle Solitude bei der Roche in Basel anfahren soll. Dazu bräuchte es insgesamt drei Weichenverbindungen.

**Idee aus den 70ern**

Einen Chemie-Pendler-Zug gab es schon 1976/77. Dieser fuhr von Gelterkinden über Muttenz an den Badischen Bahnhof. Doch wegen ungünstiger Rahmenbedingungen und schikanösen Grenzkontrollen blieb es damals bei einem Versuchsbetrieb. Heute, mit offenen Grenzen und einer steigenden Zahl an Arbeitsplätzen im Kleinbasel dank Roche und Syngenta, ist die Ausgangslage eine andere. Noack und Vitelli wollen das Potenzial dieses Pharma-Express deshalb überprüft haben.

Kritisch äussert sich der Verein Agglo Basel in einem früheren Bericht der bz. Man habe diese Verbindung im Rahmen der Herzstück-Planungen angeschaut, aber das Potenzial sei im Vergleich zu den notwendigen Anpassungen in der Infrastruktur zu klein, liess sich Geschäftsführer Patrick Leypoldt zitieren.

Jörg Vitelli sagte am Mittwoch im Grossen Rat, ihm seien keine Studien bekannt, die zeigten, dass die Idee unmöglich sei. Abgesehen davon würden die baulichen Massnahmen auch der geplanten transeuropäischen Bahn zugutekommen, die dereinst von Amsterdam über den Badischen Bahnhof bis nach Rom fahren soll. Auch Noack lässt sich nicht abschrecken: «Sollte sich herausstellen, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis tatsächlich nicht stimmt, ist das ja auch eine Erkenntnis.»

## Wegen Corona an die Urne?

**Keine Gemeindeversammlungen** Die Baselbieter Regierung schickt ein im Eilverfahren verfasstes Gesetz zu coronabedingten Alternativen zu Gemeindeversammlungen in die Vernehmlassung. Sie erfüllt damit einen Auftrag des Landrats, beantragt aber gleichzeitig, den Gesetzesentwurf abzulehnen.

Der Landrat hatte die Regierung mit der Überweisung eines Postulats am 5. November damit beauftragt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die es Gemeinden erlauben würde, während der Corona-Krise befristet bei wichtigen Geschäften anstelle von Gemeindeversammlungen Urnenabstimmungen durchzuführen. Die Regierung hat nun innert kurzer Frist einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt, wie sie am Mittwoch mitteilte.

Die Regierung schickt diesen Entwurf nun in eine beschleunigte Vernehmlassung, um noch im Dezember einen definitiven Landratsbeschluss zu ermöglichen.

Gleichzeitig spricht sie sich aber gegen die Gesetzesvorlage aus, die eine bis Juni 2021 befristete Abweichung zum Gemeindegesezt zur Folge hätte. Grundsätzlich sei die Durchführung von Gemeindeversammlungen nach wie vor möglich, schreibt sie. Eine Abkehr von Gemeindeversammlungen würde einer Einschränkung der politischen Rechte gleichkommen. (sda)

## Grün-grüner Kampf um Basler Mietwohnungen

**Interner Krach wegen Abstimmung** Beat Leuthardt, Co-Geschäftsleiter des Mieterverbands und Basta-Grossrat, wehrt sich gegen das Wohnraumfördergesetz, das aber von der grünen Regierungspräsidentin stammt.

Eigentlich ist es eine klare Sache: Die Stimmberechtigten haben im Sommer 2018 mit der satten Mehrheit von 62 Prozent den Wohnschutz in die Verfassung des Kantons Basel-Stadt geschrieben. Entsprechend sollte das Volksverdict auch umgesetzt werden. Werde es aber nicht, meinen jene, die damals die Abstimmung gewonnen haben. Sie nennen das Wohnraumfördergesetz ein «Bschiss-Gesetz», weil nach ihrer Ansicht jene betrogen werden, die damals den Wohnschutz in der Basler Verfassung verankert haben. Und sie kritisieren nicht nur die Bürgerlichen, die das vorliegende Gesetz im Grossen Rat durchgesetzt haben.

Der Ball lag nach der Volksabstimmung von 2018 bei der grünen Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, unterstützt durch Stadtentwickler Lukas Ott, ebenfalls Mitglied bei den Grünen. Es galt, den Verfassungsartikel auf Gesetzesebene umzusetzen. Doch mit dem Resultat tun sich heute die Vertreterinnen und Vertreter der Mieter schwer, allen voran Mieterverbands-Co-Geschäftsleiter Beat Leuthardt, als Basta-Grossrat Mitglied der Fraktion des Grünen Bündnisses. Also Grün gegen Grün?

Wer ist daran schuld, dass über einen Miet-Wohnschutz abgestimmt wird, der die Mieter nur ungenügend schützt? Die Bürgerlichen und SP-Regierungsrat Hans-Peter Wessels, sagt Leuthardt. Dieser habe nämlich den Bürgerlichen geholfen, dem Gesetz aus der Küche Ackermanns die Zähne zu ziehen.

**«Vorlage verschlimmbessert»**

«Sieben Sitzungen hat die rot-grün dominierte Regierung gebraucht, um die Vorlage von Elisabeth Ackermann zu beraten», sagt Leuthardt. Das lasse aufhorchen: Offensichtlich habe sich die Regierung genötigt gesehen, die von Ackermann eingebrachte Vorlage über mehrere Sitzungen zu verschlimmbessern. Und als es Leuthardt und seinen Mitstreitern anschliessend im Grossen Rat auch nicht gelang, die Vorla-

ge zu retten, war klar: Der Mieterverband und die linke Mehrheit bekämpfen das Gesetz zum Verfassungsartikel, den sie mit ihrer eigenen Initiative eingebracht haben – und das, so Leuthardt, der Sache mehr schade als diene.

Auch mit dem neuen Gesetz würden nämlich die Mieterinnen und Mieter weiter aus ihren Wohnungen verdrängt und vertrieben, wenn die Besitzer ihre Rendite über entsprechende Sanierungen verbessern wollten, denn geschützt würden mit dem Gesetz nur die wirklich tiefen Mieten. Nicht die Mieter, die einen Mietzins über dem sogenannten Medianwert zahlen. Und auch nicht die älteren und langjährigen Mieter.

Und umgangen werden könnten die vorgeschlagenen gesetzlichen Schutzmechanismen auch noch, wenn vor der Sanierung nicht gekündigt werde. Die Mieterinnen und Mieter könnten sich dann die Wohnung später einfach nicht mehr leisten. Von «Sinnlosanierungen» spricht Leuthardt und geisselt das Renditestreben der grossen Immobilien wie der Credit Suisse, der Zürich-Versicherung oder eines UBS-Fonds.

Die Bürgerlichen verteidigen das vorliegende Gesetz unisono

und sagen, es sei schärfer als die heutige Gesetzgebung. Bezahlbare Wohnungen zu sanieren, werde bewilligungspflichtig. Und bewilligt werde nur, wenn die gekündigten Mieterinnen und Mieter nach der Sanierung zurück in die Wohnungen könnten. Mehr, als die bezahlbaren Wohnungen zu schützen, liege nicht drin, weil man sonst Investoren abhalte. Der Wohnschutz müsse im Ausmass «vernünftig» bleiben, sagen die Befürworter.

**«Extrem pragmatisch»**

Beat Leuthardt vom Mieterverband sagt zwar auch, er sei für Kompromisse zu haben. Doch sie müssten etwas bewirken – etwa die aus den Wohnungen vertriebenen älteren Mieterinnen und Mieter wirklich schützen. Die Vertreibungsspirale abbremsen. «Wir begegnen bei uns im Mieterverband immer den gleichen Schicksalen und können nichts dagegen machen», sagt Leuthardt. «Wir arbeiten im Mieterverband extrem pragmatisch, beraten rund 13'000 Leute jährlich, stossen aber bei der Gegenseite auf kein Verständnis.»

Der Mieterverband sei parteipolitisch unabhängig, sagt Leut-

hardt. Wirklich? Bei den anstehenden Regierungsratswahlen ist der Mieterverband gegen LDP-Kandidatin Stephanie Eymann und auch gegen die Grünliberale Esther Keller. Eymann sage, sie wolle die Investoren nicht vergaulen und stehe mit ihrer Partei für mehr Wohnungen für gehobene Ansprüche, sprich, für Reiche, verteidigt sich Leuthardt. Und Keller sage, man müsse halt mit den Investoren reden. Im Grossen Rat habe Keller aber zweimal gegen Gespräche mit den Schorenweg-Investoren gestimmt.

Doch für die von den Kündigungen bedrohten Mieterinnen und Mieter engagiere sich in Wirklichkeit nur Heidi Mück von der Basta. Leuthardt: «Klar, sie setzt sich ja auch als Mietschlichterin für die Opfer von Sanierungen und Massenkündigungen ein.» Deshalb hofft Leuthardt auch auf eine personell mieterfreundliche neue Regierung. Und auf einen neuen Anlauf für ein besseres Wohnraumfördergesetz. Auch auf die zweite, vom Mieterverband lancierte Initiative. Diese lasse weniger Hintertüren offen.

Thomas Dähler